



Positionierung des Deutschen Landkreistages zur Verständigung von Bund und Ländern vom 7.2.2010 über die Neuorganisation im SGB II

Der Deutsche Landkreistag hält bei der Reform der SGB II-Organisation den von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg einer Grundgesetzänderung für einen erfolgversprechenden Kurs, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Die von Bundesministerin von der Leyen und den Ministerpräsidenten der B-Länder vorgeschlagene Grundgesetzänderung soll drei Elemente enthalten:

- die Ermöglichung des weiteren Zusammenwirkens von Bundesagentur und Kommunen „aus einer Hand“,
- die Ermöglichung der Option von Kommunen, die die Durchführung der Aufgabe vollständig und eigenverantwortlich wahrnehmen wollen, ohne zahlenmäßige Begrenzung im Grundgesetz und
- eine einheitliche Bundesaufsicht über die Optionskommunen und die Einrichtungen, in denen ein Zusammenwirken stattfindet.

Der Deutsche Landkreistag begrüßt die ersten beiden Punkte ausdrücklich, wenngleich eine Optionsausweitung auch ohne Verfassungsänderung möglich wäre, solange es sich dabei um Sonderbelastungen einzelner Kreise und kreisfreier Städte handelt. Die einheitliche Aufgabenerfüllung in Arbeitsgemeinschaften ist allerdings nur mit einer Verfassungsänderung fortzuführen.

Der Deutsche Landkreistag anerkennt auch, dass der Bund Transparenz bei der Verwendung der für das SGB II sowohl in den Arbeitsgemeinschaften als auch in den Optionskommunen aufgewendeten Steuermittel einfordert.

„Gerade die Optionskommunen bekennen sich nachdrücklich zu einem wirtschaftlichen, sparsamen und passgenauen Mitteleinsatz vor Ort“, stellte DLT-Präsident *Hans Jörg Duppré* in Berlin heraus. „Wenn es mit den Arbeitsgemeinschaften und den kommunalen Optionen zu zwei Aufgabenerfüllungsmodellen nebeneinander kommt, führt an der Aufrechterhaltung des bisherigen Finanzierungssystems kein Weg vorbei“, fügte er hinzu.

Um zu einer für Bund, Länder und Kommunen tragfähigen Lösung zu kommen, gelte es jetzt, das umzusetzen, was Bundestag und Bundesrat anlässlich der Verabschiedung des SGB II Ende 2003 einmütig beschlossen hätten, was wegen der anschließenden Nichtverständigung auf eine Verfassungsänderung seinerzeit allerdings nicht umsetzbar gewesen sei. In den Entschlüssen von Bundestag und Bundesrat vom 19.12.2003 heißt es wörtlich:

„Das Gesetz sieht die Bildung von Arbeitsgemeinschaften in den Job-Centern vor. Darüber hinaus räumt es den kreisfreien Städten und Kreisen die Option ein, ab dem 1.1.2005 anstelle der Agenturen für Arbeit auch deren Aufgaben – und damit alle Aufgaben im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende – wahrzunehmen.“

Zur Erreichung der Ziele nach dem SGB II schließt das Bundesministerium für Arbeit mit der Bundesagentur für Arbeit Zielvereinbarungen ab. Die Bestimmungen zu den Zielvereinbarungen sind derart anzupassen, dass sie zwischen den kommunalen Trägern, die von der Option Gebrauch machen, deren zuständigen obersten

Landesbehörden und der Bundesagentur abgeschlossen werden. Die **kommunalen Träger sind gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit**, soweit sie Aufgaben anstelle der Agentur für Arbeit wahrnehmen, **auskunfts- und berichtspflichtig**. Im **Übrigen** findet die **Aufsicht** über die kommunalen Träger **durch die Länder** statt; die jeweils zuständige oberste Landesbehörde ist gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit auskunfts- und berichtspflichtig.

Der **Bund zahlt den kommunalen Trägern** für die anstelle der Agentur für Arbeit wahrgenommenen Aufgaben für die Bedarfsgemeinschaften entsprechende **Fallpauschalen für die Eingliederungsleistungen und die Verwaltungskosten**. Er erstattet die Kosten für das Arbeitslosengeld II bzw. das Sozialgeld.

Das Bundesgesetz wird **Anreizsysteme für effiziente Leistungserbringung** vorsehen.“

Die gegenwärtig erörterte Einführung einer Bundesfachaufsicht über die Optionskommunen und die sonstigen Einrichtungen lehnt der Deutsche Landkreistag dagegen als nicht zu rechtfertigenden Eingriff in das bundesstaatliche Gefüge mit Nachdruck ab. Sie würde überdies durch die unmittelbaren – Einwirkungsmöglichkeiten der Länder damit ausschließenden – Aufsichtsbeziehungen zwischen Bund und Kommunen zu einer ansonsten von Bund und Ländern immer strikt abgelehnten Dreistufigkeit des Staatsaufbaus führen.

Berlin, 9.2.2010